

wurde. Sie können selbstverständlich an mich Fragen stellen, die ich aus meiner Praxis heraus beantworten kann. Dankeschön.

Gesprächsleiter Dirk Hans (F.D.P.): Ja. Vielen Dank, Herr Graumann. Dann möchte ich gern Herrn Prof. Karlheinz Blaschke aus Friedewald, Historiker, bitten.

Prof. Dr. Karlheinz Blaschke: Meine Damen und Herren, ich möchte gern zunächst einige Dinge über meinen biographischen Hintergrund sagen. Ich bin 1946 als Student in Leipzig in die CDU eingetreten. Das war damals eine großartige Sache, in eine Partei, die mit dem Werbetext für Freiheit, Recht und Menschenwürde auftrat, einzutreten. Ich bin 1956 wieder ausgetreten, als der Parteivorsitzende Otto Nuschke sich in einer empörenden Weise über den ungarischen Volksaufstand geäußert hatte. Und ich bin 1990 dann in Dresden wieder eingetreten. Zwischendurch habe ich im Staatsarchiv Dresden Dienst getan: Ich war dort zwölf Jahre Gewerkschaftsfunktionär und acht Jahre Betriebsgewerkschaftsleitungs-Vorsitzender. Ich kann mir also auch ein Urteil erlauben über das, was Gewerkschaft an der Basis in der DDR gewesen ist. Ich habe auch diese Funktion 1956 niedergelegt, weil ich sie nicht mehr so ausführen konnte, wie ich sie verstand. Ich bin 1968 wegen der ideologischen Belastungen aus dem staatlichen Dienst ausgetreten und bin dann als Dozent an der kirchlichen Hochschule in den kirchlichen Dienst gegangen. Ich habe also ein Viertel Jahrhundert meines Lebens ohne irgendwelche Chancen im staatlichen Hochschuldienst verbracht. Ich bin von der SED-Geschichtswissenschaft als bürgerlicher Historiker boykottiert worden und dann beim Neuaufbau des Freistaates Sachsen 1991 als Leiter des sächsischen Archivwesens eingetreten in das Innenministerium und nunmehr mit 65 Jahren auf den Lehrstuhl für sächsische Landesgeschichte an der Technischen Universität Dresden gelangt. Ich glaube, dieser Hintergrund ist nicht ganz unwichtig für das, was ich nun sagen möchte.

Ich habe Ihnen das in Form eines Thesenpapiers (Anlage 2) in aller Knappheit dargelegt, was ich jetzt nicht einfach vorlesen möchte, zu dem ich nur einige Erläuterungen geben möchte, zumal vieles von dem, was ich zu sagen hatte, heute bereits gesagt worden ist. Vor allen Dingen muß ich bemerken, daß ich die beiden ersten Referate nur mit voller Zustimmung zur Kenntnis nehmen konnte. Dort ist von einer wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema genau das gesagt, was ich auch von meinem direkten Erleben her zu sagen gehabt hätte.

Zum ersten Punkt ist genügend gesagt worden, z. B. daß die Anfänge der bürgerlichen Parteien mit großen Hoffnungen begleitet gewesen sind, daß sie getragen waren von der Begeisterung vieler Menschen, die nach zwölf Jahren Diktatur wieder Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einführen wollen – man muß davon ausgehen, daß dieser Impetus des Anfangs ja nicht sofort verloren gegangen ist, sondern daß er in diesen Parteien weiterhin lebendig

geblieben ist – wenn auch unter der Asche – und daß am Anfang auch die sowjetische Militäradministration ein Interesse daran gehabt hat, diesen Pluralismus darzustellen.

Das zweite hängt zusammen mit der Verschlechterung der weltpolitischen Lage auf der einen Seite und dem zunehmenden Machtgewinn der deutschen Kommunisten. Wir hatten in vielfacher Hinsicht, auch etwa vom Standpunkt der Kirche aus, die Feststellung zu machen, daß die Russen viel zugänglicher gewesen sind und viel humaner waren als die deutschen Kommunisten, die dann an die Macht gekommen sind, etwa auch in Fragen der Kirchenpolitik. Ich habe es selber erlebt, mit welchen gemeinen Methoden die politischen Köpfe der damaligen Blockparteien, etwa die Minister in den Landesregierungen, in der Öffentlichkeit diffamiert worden sind, mit welchen Mitteln sie durch die Zeitungen geschmiert worden sind, so daß ihnen dann nichts anderes übrig blieb, als nach dem Westen zu gehen, wenn sie nicht vorher verhaftet worden sind. Diese Kampagnen gehören auch zum Erleben der Blockparteien. Sie haben einen Widerstand geleistet gegen die „Gleichschaltung“. Ich benutze bewußt das Wort „Gleichschaltung“, das ja eigentlich aus dem Jahre 1933 kommt.

Und so käme ich zum dritten Punkt, wo noch einmal zu unterstreichen ist, daß wir sehr unterscheiden müssen zwischen den Parteileitungen und dem Parteivolk. Es war eine Wirkung dieses massiven Druckes auf die Parteiführungen, daß die Parteien als Institutionen, als Organisationen letzten Endes gleichgeschaltet worden sind, daß sie auf ein eigenes Programm verzichten, mit dem sie ja ursprünglich angetreten sind, das sich aber nicht mehr durchhalten ließ, weil die SED ständig auch die gesamte Personalpolitik dieser Parteien kontrollierte. Jeder Abgeordnete, der aus einer dieser Parteien in ein Kreis-, Gemeinde- oder Bezirksparlament eintreten sollte, wurde überprüft, und es gab Zurückweisungen durch die SED, wenn der Betreffende ihr nicht gefiel. Zu Herrn Poppe muß ich sagen, daß die Zeitungen, abgesehen von den beiden ersten Seiten – die waren immer gleichgeschaltet –, sehr wohl versucht haben, eine eigene Linie durchzuhalten. Und ich kann Ihnen nur mit größter Anerkennung das Beispiel der Dresdner Tageszeitung „Die Union“ sagen, die bis in die Wende hinein ihre eigenständige Linie gehalten hat, so daß etwa der Chefredakteur 1988 gemaßregelt und nach Berlin versetzt worden ist, weil er der SED nicht mehr gefallen hat. Was man in diesen Zeitungen, abgesehen von der politischen Information, die war natürlich gleichgeschaltet, lesen konnte über Kultur, Film, Theater und Literatur, das war einfach eine ganz wichtige Information für die eigene Standortbestimmung und für die Weiterentwicklung. In dieser Hinsicht sehe ich eine ganz wichtige Funktion der Tagespresse dieser Parteien, die ständig einer Kontrolle durch die örtlichen Organe der SED ausgesetzt waren.

Und nun zum vierten Punkt: die Spaltung, die Querspaltung zwischen